Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

02.09.1987 - Drucksache 11/1021

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1021
02. 09. 87

Antrag der Fraktion der CDU

Regionalisierung der Neuen Heimat Bremen, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt Bemühungen, die dazu führen können, die Neue Heimat Bremen zu regionalisieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß angesichts des bis zum 31. Dezember 1988 geltenden Stillhalteabkommens der Banken und aller anderen Beteiligten kein Grund vorhanden ist, ein übereiltes Regionalisierungskonzept zu billigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß das vorliegende Verhandlungsergebnis zu erheblichen Risiken für Mieter und Steuerzahler führt.

Deshalb fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, in neue Verhandlungen einzutreten. Dabei muß sich der Senat an folgenden Prämissen orientieren:

1. Die Werthaltigkeit des Anlagevermögens der Neuen Heimat ist durch unabhängige Wirtschaftsprüfer zu prüfen.
2. Durch unabhängige Gutachter sind der Wert und der Preis der zu übernehmenden NWDS-Wohnungen festzustellen.
3. Die politische Entscheidung über die Verwertung des Hollerlandes muß gefallen sein.
4. Der fehlende Prüfbericht über mögliche Verstöße der Neuen Heimat gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz ist vorzulegen. Gleichzeitig muß die Entscheidung über die möglichen finanziellen und rechtlichen Konsequenzen aus diesem Bericht gefallen sein.
5. Alle Verträge, die die Grundlage für die Regionalisierung bilden, sind gegenüber den parlamentarischen Gremien offenzulegen.
6. Es ist ein Gutachten über den Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarf und deren Finanzierung von Sachverständigen vorzulegen. Die Neue Heimat hat dabei verbindlich zu erklären, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Kosten auf die Mieter abgewälzt werden sollen.
7. Es ist ein schlüssiges Konzept über den Verkauf von Wohnungen vorzulegen, wobei die Mieter nicht übervorteilt werden dürfen.

Kudella, Neumann und CDU-Fraktion

Druck: Anker-Druck Bremen